

da hing es dann wirklich vom Einsatz der einzelnen Delegierten ab, was als Ergebnis dabei herauskam. Natürlich waren die Delegierten einzelner Organisationen in ihren Spezialbereichen besser präpariert, doch ist damit nur schwer der Vorwurf zu begründen, „pressure groups“ hätten den weiteren Verlauf bestimmt. Immerhin wurde über alle Vorlagen in den Arbeitskreisen und später dann auch im Plenum abgestimmt.

## 110 Seiten Resolutionen

Das Ergebnis dieser Phase sind 110 eng bedruckte Seiten voller Resolutionen, aus denen offenbar wird, was die Katholiken der USA beschäftigt, worunter sie leiden, was sie erhoffen und wünschen. Unter dem Stichwort „Kirche“ wird eine größere *Rolle der Frauen* auf allen Ebenen, einschließlich der Ordination, gefordert. Die Delegierten setzten sich für eine Beseitigung „sexistischer“ Sprache in kirchlichen Dokumenten, Katechismen und Liedern ein. Obwohl die US-Bischöfe erst kürzlich einen entsprechenden Antrag abgelehnt hatten, wünschten die Delegierten mehrheitlich ein nationales Frauenbüro zur Förderung der „vollständigen Teilnahme der Frauen am kirchlichen Leben“. Aber auch das Recht auf gemeinsames Verhandeln der *Kirchenangestellten* (ursprünglich war ein gewerkschaftlicher Zusammenschluß geplant) mit den Arbeitgebern und der lokalen Mitbestimmung bei der Wahl von Bischöfen und Priestern, die *Anerkennung des Rechts laizierter Priester* auf Ausübung nichtsakramentaler Ämter in der Kirche und Aufhebung des Pflichtzölibats fanden in dieser Sektion Unterstützung. Die Rolle der *katholischen Schulen* wurde klar betont und staatliche finanzielle Mittel eindeutig gefordert.

Grundprobleme von Mensch und Gesellschaft fanden auf drei Ebenen in der entsprechenden Sektion Berücksichtigung. Erziehung für globale Gerechtigkeit, Verteidigung der Menschenrechte und Abrüstung und Frieden. Ohne große Änderungen kamen die

vorgelegten Empfehlungen durch, lediglich bezüglich des Multi-Millionen-Dollar-Haushaltes der *amerikanischen Überseehilfe* „Catholic Relief Services“ (CRS) gab es wegen der Vergabepaxis und politischer Verstrickungen Differenzen. Herausragende Forderungen galten der Errichtung von *Justitia-et-pax-Kommissionen* in allen Diözesen und der Verurteilung der Produktion des Besitzes, der Weitergabe und des Versuchs der Drohung mit nuklearen Waffen. Ferner wurde ein vollständiges Verbot des Waffenhandels verlangt. Gerade im Hinblick auf Israel versagten viele Teilnehmer diesen Entschlüssen die Zustimmung. Der einseitige Verzicht stieß auch außerhalb der Konferenz auf empörte Ablehnung.

Auch in der Sektion „*Nation*“ kam die Abrüstung zur Sprache. Hier wollte man zur Beseitigung der großen sozialen Not eine Umverteilung der Rüstungsmittel für friedliche Zwecke. Eine verfassungsmäßige Verankerung des „*Pro-Leben-Programms*“ der Bischöfe kam ohne Schwierigkeiten als Resolution durch. Die Sektion „*Arbeit*“ wünschte sich eine Revision bestehender Gesetze zum „*Recht auf Arbeit*“, gezielten Gebrauch von Kapitalinvestitionen zur Beeinflussung der sozialen Gerechtigkeit und gleiche Arbeitschancen für Homosexuelle. In der Rubrik „*Ethnische Zugehörigkeit und Rasse*“ heißt es u. a., die Kirche möge die „*Sakramentalität*“ der indianischen religiösen Symbole anerkennen, Sekretariate für die Schwarzen und die Indianer einrichten und mehr Bischöfe für die ethnischen Minderheiten ernennen. Angeprangert wurde der mangelnde Einsatz der Katholiken für die Rassenintegration.

Von den Bischöfen erwartet man deshalb ein Hirtenwort gegen die „*Sünde des Rassismus*“. Brisante Themen enthält der von der Sektion „*Familie*“ ausgearbeitete Teil. Zwar unterstrichen die Delegierten die Unauflöslichkeit der Ehe, sie forderten jedoch „ein Ende der Diskriminierung von geschiedenen Katholiken“ und die Erlaubnis für Geschiedene und Wieder-verheiratete, unter bestimmten Bedingungen die Sakramente zu empfangen. In der Sektion „*Personsein*“ schließlich fanden die offene Alternative in der Geburtenregelung und die Arbeit von „*Dignity*“ sowie Bemühungen auch um pastorale Betreuung anderer „*sexueller Minderheiten*“ klare Unterstützung.

Eine Fülle von Forderungen und Empfehlungen also, die zum Teil zumindest heftige Reaktionen der Bischöfe hervorriefen. Vieles entspreche nicht der Lehre der Kirche und sei deshalb undiskutabel, hieß es da zum Beispiel. Dennoch zeigte sich Anfang November auf der Vollversammlung der US-Bischöfe bereits, daß die Erregung der ersten Stunden und Tage nach Detroit einer etwas gelasseneren Haltung gewichen ist. Manche kritische Aussage wurde offen zurückgenommen, doch in der Sache bleibt die Konfrontation auch unter den Bischöfen bestehen. Die Diskussionen in der Kirchenpresse dauern an, die Urteile sind sehr unterschiedlich. Trotz allem könnte *Jeny Filteau* vom National Catholic News Service (29. 10. 76) recht behalten, daß nämlich dieser Durchbruch die Möglichkeit eröffnet, daß sich das Bild der US-Kirche ebenso bedeutsam verändert, wie das Zweite Vatikanum das Bild der Weltkirche veränderte. N.S.

## Kirchliche Stimmen aus Angola und Moçambique

Ähnlich wie im Fall von Vietnam scheint auch das Interesse am Schicksal der von der politischen Neuordnung betroffenen Menschen und der Kirche in Angola und Moçambique zu

schwinden. Seit Erlangung der Unabhängigkeit von Moçambique am 25. Juni 1975 und von Angola am 11. November 1975 ist es bis auf wenige Spekulationen still geworden um

diese beiden Länder. Rhodesien und Südafrika haben den Platz des bevorzugten Interesses eingenommen. Dabei sollte man bei allen Überlegungen über das Schicksal dieser Krisenherde ruhig die Entwicklung in den Nachbarstaaten im Auge behalten. Immerhin ist überraschend, daß die Kreise, die sich sicherlich mit Recht für die Unabhängigkeit eingesetzt haben, seit der Übernahme der Herrschaft durch die Befreiungsbewegungen schweigen.

Für die katholische Kirche in den beiden ehemaligen portugiesischen Überseeprovinzen brachte der politische Umschwung ebenfalls *tiefgreifende Veränderungen* mit sich. Wenn man die frühere Rolle der Kirche und ihre Verquickung mit Portugal kennt, muß man zunächst wohl feststellen, daß die Unabhängigkeit zu einem wichtigen Prozeß der Klärung der Eigenständigkeit der Kirche beigetragen hat. Noch ist allerdings keine einheitliche Linie – weder auf Seiten der Regierung noch auf Seiten der Kirche – abzusehen. In Moçambique ist die Verwirrung besonders groß. Präsident *Samora Machel* gab in verschiedenen Interviews und Erklärungen vor und nach der Unabhängigkeit sich oft widersprechende Stellungnahmen zu den Religionsgemeinschaften und speziell zur katholischen Kirche ab, die in ganz besonderer Weise mit der portugiesischen Vergangenheit gleichgesetzt wird. Hastige Neubesetzungen der Bischofssitze und bischöfliche Worte zum Einsatz für den Sozialismus in Moçambique standen neben Meldungen über die Ausweisung von Missionaren, Übergriffen der Frelimo gegen Kirchen und angeblichen Dokumenten für die gezielte Durchführung des Kampfes gegen die Kirche.

### Wenig Personal und viele Probleme

Jetzt haben sich die Bischöfe des Landes in einem Hirtenschreiben zur gegenwärtigen Lage der Kirche geäußert. Diese vorläufige Bilanz gibt einen ersten Eindruck von der augenblicklichen Situation und ihrer Einschätzung durch die Bischöfe (vgl. Fides,

2. 10. 76). Ähnlich wie in Angola ist das Personalproblem derzeit das größte Problem der Kirche. In den Jahren 1975 bis 1976 haben insgesamt 146 Priester, 55 Brüder und 450 Schwestern das Land verlassen bzw. verlassen müssen. Von diesen waren die meisten ausländische Missionare, doch auch fünf einheimische Priester, acht einheimische Brüder und 27 einheimische Schwestern mußten diesen Weg gehen. Dennoch übertrifft auch heute noch das ausländische Personal zahlenmäßig das einheimische weit, hauptsächlich deshalb, weil im Gegensatz zu den meisten anderen afrikanischen Ländern die Ausbildung einheimischen Personals lange Zeit vernachlässigt wurde.

Erst 1953 erhielt Moçambique seinen ersten einheimischen Priester, der dann 1975 auch erster einheimischer Bischof, nämlich Erzbischof *Dos Santos* von Maputo (früher Lourenço Marques), wurde. Am 9. März 1975 wurden gleichzeitig weitere einheimische Bischöfe als Nachfolger von Portugiesen geweiht. So sind heute sieben Bischofssitze von Einheimischen besetzt, nur die Diözesen Nampula (Bischof *Vieira Pinto*) und Lichinga (Bischof *Ferreira da Silva*) haben noch einen portugiesischen Oberhirten, ebenso die Diözese Beira (Bischof *Gonçalves da Costa*), die jedoch einen einheimischen Koadjutor mit dem Recht auf Nachfolge hat.

Seit der Unabhängigkeit fanden auf verschiedenen Ebenen mehrere Vorbereitungstreffen für eine nationale Pastoralversammlung statt. So trafen sich die Bischöfe zu fünf Vollversammlungen, auf denen u. a. folgende auf die neue Situation ausgerichtete Themen behandelt wurden: Die Kirche und die Revolution in Moçambique, die Verstaatlichung der kirchlichen Schulen und Krankenhäuser, die Notwendigkeit einer Neuordnung der Pastoral auf nationaler Ebene, Religionsfreiheit und schließlich Probleme der Gerechtigkeit und des Friedens und die Grundrechte des Menschen. Gleichzeitig bemühten sich die Bischöfe um ein Gespräch mit dem Präsidenten und der Regierung. Allein seit Beginn dieses Jahres haben sie dem Präsidenten drei Dokumente über-

reicht, wobei zwei dem Thema „Die Katholische Kirche und die Revolution in Moçambique“ (mit besonderer Betonung der Religionsfreiheit) gewidmet waren und eins das heikle Thema „Umerziehungslager“ betraf.

### Mutige Worte

In der Einleitung des Hirtenbriefes erklären die Bischöfe, daß sie „Richtlinien pastoraler Natur geben möchten für den Wiederaufbau des kirchlichen Lebens in den neuen sozio-politischen Gegebenheiten unseres Landes ... das im Augenblick eine tiefgreifende Umwandlung erlebt, womit die Grundlagen einer neuen Gesellschaft gelegt werden“. Der wichtigste der vier Hauptteile des Dokumentes ist der den Bereich Befreiung, Menschenrechte, Religionsfreiheit und Verstaatlichung kirchlicher Einrichtungen behandelnde erste Teil. Darin heißt es gleich zu Anfang unmißverständlich, die Katholiken als Bürger und Christen müßten mit ganzer Energie und Entschlossenheit ihren Beitrag leisten zum Prozeß der Befreiung, deren Vorbedingung die politische Befreiung sei: „Als Kirche sind wir verpflichtet, uns einzusetzen für die Beseitigung jeglicher Art von Unterdrückung, unter der unsere Bevölkerung noch leidet, zum Beispiel Hunger, Entbehrung, Unwissenheit, Mangel an ordentlichen Wohnungen und Verletzung der Menschenrechte.“ Es folgt sodann die Einschränkung, daß eingedenk der Forderungen des Glaubens der Aufruf zur Befreiung nicht bloß auf das wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Gebiet beschränkt sein dürfe. Die Kirche würde ihrer Sendung untreu, „wenn sie die Verkündigung der Rettung durch Christus, die ihr im besonderen aufgetragen ist, auf rein zeitliche Bereiche einschränken würde“.

Jeder Befreiungsprozeß muß nach Meinung der Bischöfe „die Grundrechte der menschlichen Person wahren“. Sie verweisen in diesem Zusammenhang zwar „mit Genugtuung“ darauf, daß die Verfassung der Volksrepublik Moçambique in Artikel 33 die individuellen Freiheiten der Bürger

anerkennt, und knüpfen daran die Hoffnung, „daß diese Freiheiten beim Aufbau unserer neuen Gesellschaft tatsächlich und in wirksamer Weise geschützt werden“. Aber gleichzeitig machen sie auf bereits zu *beklagende und noch zu erwartende Verstöße gegen die Verfassung* aufmerksam. Sicherlich an die Adresse der Regierung und der politischen Kader gerichtet, fügen sie einen juristischen Exkurs ein, der die Artikel 33, in dem der Staat seinen Bürgern die Freiheit garantiert, Religion auszuüben oder nicht auszuüben, und 26, der besagt, daß „alle sich der gleichen Rechte erfreuen und den gleichen Pflichten unterworfen sind“, sowie Artikel 19 bewußt miteinander verknüpft, in dem es heißt, daß „die Volksrepublik Moçambique ein laizistischer Staat ist, insofern als darin eine vollständige Trennung zwischen Staat und religiösen Institutionen besteht“. Das alles zusammen bedeutet, sagen die Bischöfe, daß der Staat weder für Religion noch gegen Religion sein kann, wohl aber die den religiösen Institutionen eigene Sphäre respektieren muß. Als ihre Pflicht sehen sie es an, auf den Gegensatz zwischen den Grundsätzen der Verfassung und der täglichen Praxis hinsichtlich der katholischen Kirche und anderer Religionen hinzuweisen, der „hier und da“ bestehe.

Erstmals erfährt man auch etwas über das ganze Ausmaß der *Verstaatlichung* kirchlicher Einrichtungen. So ist durch Übernahme aller Schulen und Krankenhäuser durch den Staat der Kirche jegliche Beteiligung im Erziehungs- und Gesundheitswesen entzogen. Aber auch Missionsgebäude und Wohnhäuser unterstehen nicht mehr der Kirche. Vom Staat eingesetzt Personal hat die Verwaltung und Leitung aller Gebäude und Institutionen übernommen. Sogar die Gebäude der Großen und Kleinen Seminarien sind „in den Dienst der Republik übergegangen“, heißt es weiter. Kirchliches Eigentum ist verstaatlicht, die Bankguthaben von Diözesen, Missionen, religiösen Institutionen und Missionspersonal wurden gesperrt und später zumeist enteignet.

Die Bischöfe räumen ein, daß Schulen und Krankenhäuser für das Heilswerk

der Kirche nicht absolut notwendig seien, obwohl die Kirche mit ihrer Hilfe sehr viel Gutes für die Bevölkerung getan habe. Sie protestieren aber energisch gegen die verleumderische Art und Weise, wie die Verstaatlichung in manchen Orten durchgeführt wurde. In vielen Fällen haben demnach Beamte den Diözesen und dem Missionspersonal das Recht auf Eigentum abgesprochen und „hinsichtlich des Eigentumsrechts diskriminierende Maßstäbe angelegt“. Die Bischöfe betonen, die Kirche verzichte auf jede Vorzugsbehandlung und beklage sich nicht über die Enteignung von Schulen und Krankenhäusern, vorausgesetzt, daß diese weiterhin wirklich dem Wohl des Volkes dienen. Aber sie erhebe Anspruch auf die Mittel, ohne die sie ihre Ziele nicht verwirklichen und die ihr eigene Mission nicht erfüllen könne. Sie komme nicht aus ohne Kultstätten und Versammlungsorte, ohne Ausbildungszentren für ihr Personal (Seminarien, Noviziate, Katechetische Zentren), Transportmittel usw.

Mehr die innerkirchliche Situation wird im zweiten Teil des Schreibens angesprochen, das sich mit der Rolle der ausländischen Missionare beschäftigt. Ihnen sprechen die Bischöfe ihren Dank für ihre der Kirche und der Bevölkerung von Moçambique geleistete Arbeit aus. Gleichzeitig ersuchen sie die Ordensoberen – trotz der mehr als 600 ausländischen Kräfte, die allein im letzten Jahr das Land verlassen haben –, sie sollten ihre Missionare bewegen, auf ihrem Posten zu bleiben oder wenigstens nicht ohne Rücksprache mit den Bischöfen die Missionare abzuziehen. Sie wollen noch Missionare haben, erklären sie, obwohl man von diesen erwarten müsse, angesichts der veränderten Verhältnisse und der Notwendigkeit der Afrikanisierung der Kirche in Moçambique eine untergeordnetere Rolle als bisher zu spielen.

Im dritten Teil des Schreibens geht es um die christlichen Gemeinden. Trotz der Schwierigkeiten infolge des Priestermangels und der Einberufung von Personen, durch die Personalverschiebungen, Schließung von Kirchen oder durch antireligiöse Einschüchte-

rungskampagnen sollten die Katholiken versuchen, weiterhin die Messe zu besuchen. Die Gläubigen sollten sich an Sonntagen auch dann zum Gottesdienst versammeln, wenn kein Priester da ist. Durch diesen Aufruf erfährt man wiederum einige Details über die wirkliche Lage.

Noch deutlicher werden die Bischöfe schließlich im vierten Teil ihres Schreibens, in dem sie auf die Gefahr der *atheistischen Propaganda* hinweisen. Um allen Vorwürfen einer westlichen Unterwanderung und Agitation von vornherein zu begegnen, stellen sie dabei heraus, daß „Anbetung und Ehrfurcht vor der Gottheit, Glaube an Gott als den allmächtigen Schöpfer und Herrn aller Dinge... eine Konstante der afrikanischen Seele gewesen“ ist.

Trotz dieser klaren Worte bemühen sich die Bischöfe dann jedoch erneut, ihre *grundsätzlich positive Haltung* zur neuen Regierung zu unterstreichen. So fordern sie die Katholiken auf, voll und ganz an der zeitlichen Entwicklung des Landes mitzuarbeiten: „In dieser Zeit des Wiederaufbaus haben wir die Pflicht, uns solidarisch zu zeigen, nicht nur mit den Christen, sondern mit allen, die in selbstloser Weise das Wohl anderer anstreben.“ Sie ermahnen die Gläubigen, ihren bürgerlichen Verpflichtungen voll nachzukommen, aber auch dafür zu sorgen, daß ihre politische Tätigkeit mit ihrem Glauben vereinbar ist.

## Zurückhaltung in Angola

Spärlicher sind die Informationen aus Angola, wahrscheinlich nicht zuletzt deshalb, weil dort die Unabhängigkeit erst später erlangt wurde, die Wunden des Bürgerkrieges zu groß sind und außerdem bis jetzt die Kämpfe in manchen Gegenden noch nicht beendet sind. Das Personalproblem ist auch dort bedrückend. Die Zahl der Missionare ging um 45 Prozent zurück. Viele Missionen und Sozialeinrichtungen mußten aufgegeben werden. Dutzende von Gebäuden wurden beschädigt oder geplündert. Jetzt gibt es für eine Bevölkerung von 6,5 Millionen und 3 Millionen Katholiken nur

noch 127 Diözesan- und 154 Ordenspriester sowie 48 Brüder und 369 Schwestern. 63 Große Seminaristen bereiten sich auf den Priesterberuf vor (Fides, 6. 11. 76). Von allen Teilen des Landes kommen Bittgesuche, die Missionare möchten zurückkehren.

Ein Hirten Schreiben zur allgemeinen Lage und zur *pastoralen Neubesinnung* liegt in Angola noch nicht vor. Statt dessen haben sich die dortigen Bischöfe zunächst auf einen Hirtenbrief über Evangelisierung beschränkt, der einige Rückschlüsse auf die Lage zuläßt. Aus der Tagesordnung der letzten Bischofskonferenz (vgl. Fides, 11. 9. 76) geht außerdem hervor, welche Probleme die Kirche derzeit besonders beschäftigt. So bemühen sich die Bischöfe um die Klärung der Stellung von „Radio Ecclesia“, der katholischen Rundfunkstation, und der Rolle der Missionsinstitutionen im Wohlfahrtsbereich (Krankenhäuser, Landschulen usw.). Die pastorale und verwaltungsmäßige Reorganisation der Kirche in Angola, die Veröffentli-

chung einer Sonderausgabe der Bibel für das ganze Land, die Errichtung von Pfarrgemeinde- und Diözesanräten. Die Veröffentlichung eines Katechetischen Direktoriums und die finanzielle Lage der Kirche standen ebenfalls auf dem Programm. Außerdem entscheiden die Bischöfe, daß kirchliche Feiertage, die nicht mit staatlichen Feiertagen zusammenfallen, auf den darauffolgenden Sonntag verlegt werden, ausgenommen Weihnachten und Neujahr.

In dem Hirtenbrief über „Evangelisierung in Angola“ wird unterstrichen, daß das Wirken der Kirche in erster Linie geistlicher Art sei. Für die sehr realen materiellen Probleme würden keine richtigen Lösungen gefunden, wenn die Katholiken nicht zugleich „den nicht weniger dramatischen Hunger beachten, der in der Unwissenheit über Gott und seine Wege besteht“. Gewarnt wird vor dem *wahllosen Import von Ideen* aus dem Ausland: „In ruhiger Aufmerksamkeit und im Gehorsam gegenüber dem

Geist Jesu möchten wir unseren eigenen Weg gehen, innerhalb des vertretbaren Pluralismus, wie er vom Heiligen Vater und vom Konzil dargestellt worden ist.“

Auch die angolanischen Bischöfe rufen zur Zusammenarbeit der Kirche mit der Regierung für das Wohl des Landes auf. Alle müßten hart arbeiten im Einklang mit den Worten der Nationalhymne: „Durch Arbeit einen neuen Menschen schaffen“. Verurteilt wird „maßlose Gewinnsucht im Geschäftsleben“ und „die Ausbeutung der Menschen durch die Menschen“. Die Bischöfe beklagen die Welle von Gewalt und Haß und Unverstand, die noch in vielen Gebieten anzutreffen sei, und rufen zu Eintracht und Zusammenarbeit auf. Die Mitarbeit der Kirche versprechen sie vor allem bei der Erziehung, den Gesundheitsdiensten und bei der sozialen Wohlfahrt. Im Gegensatz zu Moçambique sind das Bereiche, in denen die Regierung ihre Wertschätzung für den Beitrag der Kirche ausgesprochen hat. N.S.

## Gesellschaftliche Entwicklungen

# Religiöse Legitimation und politische Entwicklung

## Die Folgen von Wertkonflikten zwischen Kirche und gesellschaftlichen Institutionen

*Der hier folgende Text lag einem Vortrag zugrunde, den der Züricher Sozialpsychologe Professor Gerhard Schmidtchen in der Kath. Akademie Freiburg aus Anlaß 30 Jahre Herder-Korrespondenz (vgl. HK, Oktober 1976, 481 ff.) gehalten hat. Da das Thema über eine Frage religiöser Motivation politischen Verhaltens hinaus auch die gegenwärtige Diskussion über Grundwerte und öffentliche Meinung berührt, veröffentlichen wir den Text im Wortlaut.*

Religion wird landläufig in guter Übereinstimmung mit älteren soziologischen Denktraditionen als integrativ empfunden. Im politischen Bereich gilt institutionalisierte Religion als einer der sozialen Stabilisatoren der Wahlscheidung. Kirchen gelten als die machtvollen Wahrerinnen traditionaler Denkmuster und Moralvorstellungen, so

daß jede Fortschrittshoffnung auf den Säkularisationsgedanken verwiesen ist. Religion gilt als Hindernis der sozialen Entwicklung.

Mit diesem theoretischen Konzept kann nicht einsehbar gemacht werden, daß die politische Entwicklung durch religiöse Orientierungssysteme und durch das Verhalten der religiösen Institutionen dynamisiert wird. Im naiven Aufklärungsverständnis bezeichnet die Säkularisationstheorie eine Entwicklungstheorie, derzufolge Gesellschaft einen Entkirchlichungsprozeß durchläuft, bis zu einem Endzustand, in dem sie alle Prärequisiten für das soziale Handeln und das Selbstverständnis autonom, gewissermaßen in der Regie institutionalisierter Vernunft, das ist Wissenschaft, selbst produziert. Diese Theorie, die mancherorts mit erheblichem antikirchlichem Affekt versehen